

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 153 (1987)
Heft: 1

Artikel: Südafrika aus sowjetischer und kontinentalchinesischer Sicht
Autor: Pfeifenberger, Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-57718>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Südafrika aus sowjetischer und kontinentalchinesischer Sicht

Prof. Dr. Werner Pfeifenberger

Die grosse politisch-publizistische Sommeroffensive gegen die Republik Südafrika (RSA) ist abgeklungen. Zahlreiche westliche Länder haben Wirtschaftssanktionen verhängt. Ein erstes Ziel ist erreicht. Eine Untersuchung des Verständnisses der beiden kommunistischen Grossmächte zur RSA aus strategischer Sicht drängt sich daher auf. Dies ist umso nötiger, als in den Medien darüber geschwiegen wird. Dass die «imperialistische» RSA zertrümmert werden muss, vor allem um ihren Reichtum an Bodenschätzen dem Westen vorzuenthalten, ist für die Sowjets unabänderliches Kredo. Weniger klar ist die Haltung Kontinentalchinas; dies nicht zuletzt wegen seiner Konkurrenzstellung zur Sowjetunion. fas

Südafrika ist für beide kommunistischen Weltmächte eine ideologische und machtpolitische Herausforderung. Als selbsternannter Verbündeter der Westmächte bietet es diesen mit seinem Rohstoffreichtum und seiner geopolitisch günstigen Lage unübersehbare strategische Vorteile. Solange es dazu noch eine ernst zu nehmende antikommunistische Macht bleibt, sind auch alle ideologischen Landgewinne Moskaus und Pekings im südlichen Schwarzafrika unsicher. Wie Mozambique und Angola zeigen, können sie sich sogar als äusserst fragwürdige und kostspielige Unternehmungen erweisen.¹

Beiden kommunistischen Regierungen liegt daher zweifellos an der Beseitigung des gegenwärtigen politischen Systems Südafrikas zugunsten eines marxistischen Staatsgebildes. Im übrigen gleicht ihre ideologische Interessengemeinschaft eher der Friedrichs des Grossen und Maria Theresias, die zu ihrer Zeit mit Schlesien auch beide dasselbe wollten. Dieses Konkurrenzdenken und die wechselnde machtpolitische Überlegenheit der einen oder anderen Macht finden ihren Ausdruck sowohl in den öffentlichen Äusserungen Pekings und Moskaus als auch in ihren jeweiligen politischen Erfolgen auf dem afrikanischen Kontinent.

Kontinentalchina versuchte sich vor allem Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre weltweit als Anwalt der unterdrückten Völker anzubieten und fand damit namentlich in Afrika Ge-

hör. Als es 1971 das Vertretungsrecht für ganz China in den Vereinigten Nationen erhielt, wurde es von den schwarzafrikanischen Staaten überschwänglich als «bedeutendste Nation der Dritten Welt» (Sambia), als «Streiter für die Beseitigung aller Ungerechtigkeiten» (Tansania), als «enger Verbündeter» (Mauretania) und als Vorkämpfer «einer neuen Ordnung in den Vereinten Nationen» (Uganda) begrüsst.²

Dies war noch die Zeit, in der sich die Sowjetunion zwar durchaus an Afrika interessiert zeigte, sich aber offenbar noch nicht stark genug fühlte, um unter grossem materiellem Aufwand in die politischen Geschehnisse dieses Kontinents einzugreifen. Im südlichen Afrika hatte Moskau die Finanzierung des Baues der Tansam-Eisenbahnlinie abgelehnt und dieses Feld dem ideologisch verfeindeten Konkurrenten überlassen. Peking aber finanzierte die Bahnlinie nicht nur, sondern errichtete sie gleich selbst mit Tausenden chinesischen Arbeitersoldaten. Der kontinentalchinesische Einfluss im südlichen Afrika stand in diesen Jahren im Zenit, und Pretoria beobachtete mit zunehmendem Unbehagen die militärische Präsenz Pekings. Da diese von zahlreichen bedrohlichen Äusserungen gegen Südafrika begleitet war, befürchteten manche südafrikanische Politiker langfristig sogar eine mögliche Invasion ihres Landes durch ein chinesisches Millionenheer.

Moskau versuchte sich in dieser Zeit noch viel weiter nördlich gemeinsam mit britischen Kapitalinteressen im nigerianischen Völkermord gegen die Ibo Biafras, um so seinen Einfluss in Afrika zu verstärken. Seine grosse Stunde im südlichen Afrika kam erst ein paar Jahre später im Zusammenhang mit dem Ende des portugiesischen Kolonialismus. Washington als mächtigster Gegner des Kremls erwies sich in dieser Zeit nicht als ernstlicher Konkurrent, sondern als politisch unfähiger Dilettant. Pekings imperialistische Regsamkeit und verbalen Kraftakte im südlichen Afrika aber fielen beim ersten Sturm in sich zusammen wie ein machtpolitisches Kartenhaus. Seine sozialistischen Entwicklungsprojekte verrotteten gemeinsam mit der Tansam-Bahn im Sumpfe schwarzafrikanischer Korruption und Unfähigkeit, und seine militärischen Drohgebärden mussten viel handfesteren Aktionen des Moskauer Konkurrenten Platz machen. Anders als die Sowjetunion ist Kontinentalchina zwar stark in der Verteidigung, aber längst noch nicht zu militärischen Abenteuern über grössere geographische Abstände imstande.

Mit ideologischen Feldzügen gegen den «sowjetischen Sozialimperialismus» liess sich in Schwarzafrika niemand zugunsten Pekings mobilisieren, genau so wenig wie mit der Warnung, die unterdrückten Völker dürften nicht den Tiger durch die Vordertüre hinausjagen und gleichzeitig den Wolf durch die Hintertüre hereinlassen. Die ganze marxistische Ideologie war und ist dem Kulturdenken Schwarzafrikas zu fremd, als dass der chinesisch-sowjetische Schulenstreit grossen Einfluss auf die Haltungen seiner Regierungen haben konnte.

Ausschlaggebend blieb also nur das machtpolitische Kräfteverhältnis zwischen beiden kommunistischen Grossmächten. Dieses aber fiel bei der ersten Machtprobe eindeutig zugunsten der Sowjetunion aus, und die politischen Führer des südlichen Schwarzafrika entwickelten schnell ein sehr feines Gefühl für den Mächtigeren. Trotz aller kontinentalchinesisch-schwarzafrikanischer Liebesversprechen zu Beginn der siebziger Jahre wurde Peking um 1976 allmählich aus allen Gebieten des südländischen Schwarzafrika ausgebootet. Selbst in Simbabwe-Rhodesien, dessen Guerillaführer und jetziges politisches Oberhaupt infolge des langdauernden Guerillakrieges noch bis zu Beginn der achtziger Jahre von Pekings Hilfe abhängig war, ging der chinesische Einfluss langsam, aber sicher zurück.

Die Sowjetunion wurde ihrer Siege im südlichen Afrika allerdings auch nicht froh. Die von ihr unterstützten Regierungen in Angola und Mozambi-

que sind offenbar unfähig, einen modernen Staat zu regieren. Ihr persönliches Ungeschick wird durch den Einsatz unbrauchbarer Rezepte aus Osteuropas Ideologiearsenal, das den kulturellen Realitäten Schwarzafrikas nicht entspricht, noch verschärft. Der Niedergang der Volkswirtschaft beider Länder hat so grosse Ausmasse erreicht, dass die Sowjetunion mit ihrem eigenen beschränkten Wirtschaftspotential nicht mehr imstande, vermutlich nicht einmal bereit ist, nennenswerte Abhilfe zu schaffen. Darüber hinaus stehen Moskaus Schützlinge in einer unerwarteten Bürgerkriegssituation auf der ideologisch verkehrten Seite, nämlich der der Unterdrücker von Freiheitskämpfern, und es scheint nicht, als ob die Sowjetunion mit ihren Söldnern kubanischer Nationalität die Aufständischen niederwerfen kann. Zu sehr haben sich die von ihr unterstützten schwarzafrikanischen Regierungen ihren eigenen Staatsvölkern entfremdet, als dass sie in absehbarer Zeit mit deren Unterstützung rechnen könnten.³

Für alle diese Übel werden freilich nicht die eigenen Unzulänglichkeiten, sondern ausschliesslich Südafrika verantwortlich gemacht, weshalb es unerbitlich bekämpft werden muss.

Die Haltung der beiden Grossmächte im einzelnen:

Sowjetunion

Die sowjetische Südafrikapolitik ist durch eine ständige Suche nach Gelegenheiten gekennzeichnet, in diesem Lande im trüben zu fischen. Als Teil der «Ersten Welt» wird es wegen seines aussergewöhnlich starken «Dritte-Welt»-Elements und dessen ideologischer Anfälligkeit für «nationale Befreiungskriege» als das schwächste Glied in der Kette der kapitalistischen Klassenfeinde betrachtet. Um diese Kette zu zerreißen, muss das schwächste Glied gebrochen werden. Die sowjetische Feindschaft gegen Pretoria ist also weniger Selbstzweck als Mittel zum Zweck, ein taktisches Instrument zur besseren Bekämpfung des westlichen Imperialismus. Dieser Kampf hat machtpolitische und ideologische Komponenten. Beiden kommt sowohl innenpolitische als auch aussenpolitische Bedeutung zu.

Anders als viele Politiker im Westen erkennt der Kreml den strategischen Wert Südafrikas sehr genau. So heisst es beispielsweise in einem vom Afrika-Institut der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften veröffentlichten Werk über Südafrika:

«Die RSA ist gegenwärtig in der kapitalistischen Welt der drittgrösste Er-

zeuger 24 wichtiger mineralischer Rohstoffe, insgesamt werden dort jedoch 42 Arten Bodenschätze gewonnen. Riesige Vorräte strategischer Rohstoffe, die auf dem Territorium der RSA vorhanden sind, haben die westlichen Länder immer schon angezogen, aber unter den Verhältnissen der heutigen Rohstoffkrise hat die Bedeutung der RSA für die NATO-Länder noch mehr zugenommen. Es genügt, darauf hinzuweisen, dass ohne die RSA der Versorgungsgrad der westlichen Industriegesellschaft mit mineralischen Rohstoffen um 65 bis 50 Prozent sinken würde.

Die USA erhalten aus der RSA acht wichtige Arten Rohstoffe, davon 57 Prozent des von ihnen insgesamt eingeführten Vanadizums, mehr als 35 bis 40 Prozent Eisenchrom und Eisenmangan, 27 Prozent Chromerze und Gold, 25 Prozent Metalle der Platingruppe, 17 Prozent Kohle und 9 Prozent Magnesium. Der Bedarf der westeuropäischen Länder an südafrikanischen Rohstoffen ist noch grösser.

Die strategische Lage der RSA – an der Scheidelinie zweier Ozeane – ermöglicht die Kontrolle der wichtigsten Transportwege zwischen dem Nahen Osten, Westeuropa und den USA. Eine nicht geringere Rolle spielt die Nähe der Ostküste der RSA zur moçambiquanischen Meerenge, über die enorme Lastenströme aus Afrika und dem Nahen Osten geschickt werden (besonders aus dem Gebiet des Persischen Golfs). Eine besondere Bedeutung kommt der RSA jedoch für die imperialistischen Staaten als Brückenkopf im Kampfe gegen die nationalen Befreiungsbewegungen auf dem Kontinent und bei der wirtschaftlichen Expansion in die Länder Afrikas, aber auch für die militärische Führung der NATO-Länder zu – als strategisch wichtiger Faktor für die Verschärfung der Seekriegsaktivität des Blocks im Bereiche des Südatlantiks und im Becken des Indischen Ozeans. In diesem Zusammenhang verwandeln die NATO-Länder im Einvernehmen mit dem Regime Pretorias die Seekriegsbasen und Häfen der RSA zu ihren Stützpunkten.»⁴

Nicht nur der machtpolitische Realitätssinn des Kremls ist aus dieser Stellungnahme zu erkennen, sondern auch sein neidvoller Blick auf die (noch) dem Westen zustehenden strategischen Vorteile der Lage Südafrikas. Anders als für den Westen, stellt Südafrika aber für die Sowjetunion kein lebenswichtiges Interesse dar. Die südafrikanischen Mineralien sind grossenteils auch in der Sowjetunion vorhanden. Sie wären freilich für die sowjetischen Satelliten nützlich. Das besondere machtpolitische Interesse Moskaus an diesen Mineralien besteht aber vor allem darin, sie dem Westen zu entziehen, um ihn gefügiger zu machen.

Moskau kann es sich mit seinen beschränkten Machtmitteln freilich noch nicht leisten, selbst kriegerisch in diesen geographisch weit entfernten Subkontinent verwickelt zu werden. Ein konventioneller Krieg gegen Südafrika würde die ganze Region ins wirtschaftliche Unheil stürzen, ohne dass die Sowjetunion helfen könnte. Diese ist nicht einmal in Friedenszeiten landwirtschaftlich selbstversorgungsfähig, und schon gar nicht könnte sie einem ganzen Subkontinent im Kriege wirtschaftlich beistehen. Klaus Lange stellt in diesem Zusammenhang zu Recht fest, dass «sowjetischer Einfluss und sowjetische Kontrolle (im südlichen Afrika) eine prekäre Existenz auf der Grundlage ökonomischer Strukturen fristen, die weithin von Südafrika kontrolliert werden.»⁵

Im Falle einer konventionellen bewaffneten Auseinandersetzung wäre auch mit einem schnellen militärischen Sieg Moskaus nicht zu rechnen. Der Kreml selbst schätzt das südafrikanische Verteidigungsvermögen nur zu realistisch ein. Im Falle eines länger anhaltenden Krieges, in den er hineingezogen würde, wäre indes die Gefahr einer amerikanischen Intervention verhältnismässig gross, so dass sich sein Rückzug mit entsprechend schädlichen innen- und aussenpolitischen propagandistischen Folgen aufdrängen könnte. Wolfgang Leonhard spricht in diesem Zusammenhang eine wichtige psychopolitische Komponente sowjetischer Innen- und Aussenpolitik an:

«Der expansionistische Charakter der sowjetischen Aussenpolitik ist durch die Nomenklatura zu erklären, durch die Nomenklatura der neuen herrschenden Klasse, die gemeinsam über die Wirtschaftsmittel verfügt, die politische Macht, die geistige Macht, die militärische Macht, die sich aber zutiefst unsicher fühlt, weil sie über keine Legitimation verfügt und sich über den Mangel an Legitimation selbst völlig im klaren ist.

Die Nomenklatura der UdSSR verfügt über keine demokratische Legitimation, weil sie niemals gewählt worden ist. Die Nomenklatura verfügt über keine legalen Grundlagen, weil es sie in der Verfassung überhaupt nicht gibt, in keinem Gesetz gibt. Die Nomenklatura verfügt nicht über eine revolutionäre Legitimation, weil sie nicht die Enkel Lenins sind, sondern sich sehr weit von den Revolutionären von 1917 entfernt haben.

Um sich aber zu legitimieren, braucht man Feindbilder nach aussen. Die Feindbilder sind ... die Versuche, durch eine Herausstellung von Gefahren aus dem Ausland die eigene diktatorische Herrschaft zu legitimieren. Die expansionistischen Aspekte stellen den Versuch dar, durch aussenpolitische Erfolge von innenpolitischen Schwierigkeiten, Ge-

gensätzen, Mängeln und Rückschlägen abzulenken. Darin, nicht in der Ideologie der Weltrevolution, darin, in der mangelnden Legitimation der Nomenklatura, liegen die tieferen Ursachen des Expansionsstrebens des sowjetischen Kommunismus, wobei diese Nomenklatura gleichzeitig zu grossem Risiko scheut und bei zu grossem Risiko zurückweicht.»⁶

Ihr oberstes innenpolitisches Gebot ist die Erhaltung der kommunistischen Parteidiktatur. Die sowjetische Parteibürokratie würde einerseits lieber die Welt untergehen sehen als ihre eigenen Privilegien. Sie ist andererseits aber auch nicht bereit, diese Privilegien, durch aussenpolitische Abenteuer zu sehr aufs Spiel zu setzen. Eine sowjetische Militärintervention in Südafrika würde zweifellos von einem hohen Risiko des Scheiterns begleitet sein. Sie entspricht auch nicht ganz den ideologischen Vorstellungen darüber, wie Afrika unter sowjetischen Einfluss zu bringen sei. Nicht der zwischenstaatliche Krieg, sondern der Bürgerkrieg erscheint als das vorrangige Instrument der «nationalen Befreiung unterdrückter Völker». Bereits Lenin wandelte den Marxschen Aufruf des Kommunistischen Manifests «Proletarier aller Länder, vereinigt euch!» um in «Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!» und war sogar überzeugt, dass «dank der Hilfe des Proletariats der fortschrittlichen Länder die zurückgebliebenen Länder zur sowjetischen Ordnung übergehen und – über vorausbestimmte Stufen der Entwicklung hinweg – zum Kommunismus gelangen können, indem sie das kapitalistische Stadium der Entwicklung vermeiden.»⁷

Lenins Nachfolger Stalin äusserte diese sowjetischen Absichten noch etwas deutlicher:

«Wenn Europa und Amerika die Front oder die Arena der bedeutenderen Schlachten zwischen Sozialismus und Imperialismus genannt werden können, dann müssen die ungleichen Nationen und Kolonien mit ihren Rohstoffen, ihrem Brandstoff und ihrem riesigen Vorrat an Arbeitskräften als der Hinterhof, die Reserve des Imperialismus betrachtet werden. Um einen Krieg zu gewinnen, ist es notwendig, nicht nur an der Front zu triumphieren, sondern auch den Hinterhof des Feindes, seine Hilfsquellen zu revolutionieren. Der Sieg der proletarischen Weltrevolution kann deshalb nur dann als gesichert angesehen werden, wenn das Proletariat fähig ist, seinen eigenen revolutionären Kampf mit der Befreiungsbewegung der leidenden Massen der ungleichen Nationen und Kolonien gegen die Macht der Imperialisten und für die Diktatur des Proletariats zu verbinden.»⁸

Gerade im Hinblick auf die erhoffte Umgehung der «kapitalistischen Entwicklungsphase» erscheint Südafrika dem Kreml als besonders verlockend, weil in diesem Lande, anders als in Schwarzafrika, ein schwarzes Industrieproletariat vorhanden ist, das nicht nur eine nationale, sondern eine sozialistische Revolution verspricht. Die Erfahrungen mit der «nationalen Befreiung» der übrigen Länder Afrikas sind diesbezüglich bisher nicht gerade ermutigend gewesen. Die Leninsche Warnung, dass die Befreiung der Kolonien «nicht dauerhaft ohne Sozialismus» sei⁹, wurde von den meisten nationalen «Befreiungsbewegungen» nicht sehr ernst genommen und selbst, wo es zunächst schien, dass sie den erhofften «nichtkapitalistischen Entwicklungsweg» einschlagen würden, gab es bald Rückschläge. Sogar in Moçambique, dessen Führer Machel versprach, den ersten wahrhaft marxistischen Staat auf afrikanischem Boden zu errichten, sieht es damit eher betrüblich aus. Überall fehlt das Industrieproletariat als der geeignete Nährboden für die von Moskau erhoffte «sozialistische Orientierung». Allein Südafrika bietet diesbezüglich aussichtsreiche Perspektiven.

Was ist nun in der näheren Zukunft von der sowjetischen Südafrika-Politik zu erwarten?

1. Es wird keine direkte militärische Intervention Moskaus geben. Das im internationalen Klassenkampf zu vergiessende Blut wird afrikanisches Blut bleiben.

2. Es wird auch keinen afrikanischen konventionellen Krieg geben. Die schwarzafrikanischen Staaten sind trotz massiver sowjetischer Militärhilfe unfähig, einen solchen zu führen, und Moskau lässt keine Zweifel, dass es nicht bereit ist, auch noch eine umfassende Wirtschaftshilfe zu leisten, die einen solchen Krieg begleiten müsste.

3. Die psychologische Kriegführung auf internationalem Parkett wird so lange fortgesetzt werden, bis entweder Schwarzafrika die südafrikanischen Reformen anerkennt oder aber Südafrika in der gewünschten Revolution gelandet ist. Um diese beiden Optionen tobt der gegenwärtige weltweite Kampf gegen Südafrika. Ein Erfolg der südafrikanischen Reformpolitik wäre der für Moskau ungünstigste Konfliktausgang. Alle bisher von der Sowjetunion erlangten Machtpositionen im südlichen Afrika würden noch viel mehr ins Schwanken geraten, als es gegenwärtig der Fall ist, wenn es nicht gelingt, die Republik unter sowjetischen Einfluss zu bringen.

4. Auch die sowjetische Subversionspolitik gegen Südafrika wird daher beibehalten werden. Bezüglich der

konkreten Gestaltung dieser Politik sind im wesentlichen zwei unterschiedliche Positionen, eine eher revolutionäre und eine eher evolutionäre festzustellen. Die «Revolutionäre» unterstützen jede Art terroristischer Tätigkeit in der Hoffnung, solcherart den sowjetischen Einfluss im südlichen Afrika am erfolgreichsten zu fördern. Deshalb bauen sie auf die Bürgerkriegsanstrengungen des ANC und dessen gemeinsam mit der Südafrikanischen Kommunistischen Partei (SKAP) betriebenen Politik des städtischen Terrorismus. Die «Evolutionäre» lehnen hingegen verbrecherische Gewaltakte als taktisch unklug ab, befürworten aber ein Bündnis mit radikalen Bewegungen, die in Südafrika selbst agieren, wie beispielsweise einige Gewerkschaften und die «Vereinigte Demokratische Front» (UDF). Infolge der Reformbemühungen der südafrikanischen Regierung, die im Gegensatz zu den meisten westlichen Regierungen von Moskau mit dem richtigen Stellenwert eingeschätzt werden, hoffen sie, den sowjetischen Einfluss vermehren zu können, indem sie radikale Bewegungen unterwandern, die nun aufgrund der Reformpolitik früher nicht vorhandene Möglichkeiten zur Äusserung und Aktion erhalten. Kennzeichnend für diese Gedankengänge ist beispielsweise die Studie eines Mitgliedes der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften:

«Die neue sozialökonomische und politische Strategie der herrschenden Kreise stellt den Versuch der Überwindung der Krise im Lande durch den südafrikanischen Imperialismus auf Wegen der neokolonialistischen Transformation der Apartheid dar, was objektiv die Möglichkeit der Ausbreitung legaler Formen des Kampfes der unterdrückten Massen gegen Rassismus und Ausbeutung zugunsten einer echten demokratischen Umgestaltung eröffnet. V. I. Lenin erwähnte in seinem Werk «Die Kinderkrankheit des Linksabweichertums im Kommunismus» die Notwendigkeit der Teilnahme der Kommunisten in reaktionären Gewerkschaften und betonte, dass man sogar reaktionäre, in ihrer Funktion begrenzte Massenorganisationen für die Blossstellung der Politik der herrschenden Klassen, die Ausrüstung breiter Schichten Unterdrückter mit progressiver Ideologie und ihre Mobilisierung zum Kampfe ausnützen kann. In der RSA, wo die hauptsächlichlichen Verteidiger der Interessen der afrikanischen Werktätigen, aller Unterdrückten, nämlich die Südafrikanische Kommunistische Partei und der Afrikanische Nationalkongress, ausserhalb des Rechts gestellt wurden und nicht öffentlich auftreten können, kann ihre tatsächliche Teilnahme an der Aktivität erlaubter Massenorganisatio-

nen der nichtweissen Bevölkerung und der Mischlinge eine wichtige Rolle in der Entfaltung der demokratischen und nationalen Befreiungsbewegung spielen¹⁰.»

Die Evolutionäre unterstützen den passiven und aktiven Widerstand, aber nicht die blutige Gewalttätigkeit. Sie wären bereit, den ANC und die SAKP zumindest vorübergehend zugunsten einer erfolgreichen UDF fallen zu lassen; erstens, weil UDF im Lande selbst öffentlich agiert und noch nicht in so starkem Masse wie der ANC als kommunistisch infiltrierte Organisation gilt, also glaubwürdiger ist, und zweitens, weil sie wissen, dass die grosse Mehrheit der Schwarzafrikaner den Terror des ANC ablehnt. Ihre Sorge gilt in diesem Zusammenhang dem schwarzafrikanischen Mittelstand in Südafrika, der es wirtschaftlich zu einem bescheidenen oder auch grösseren Wohlstand gebracht hat und als das grösste Hindernis für einen radikalen Umsturz erscheint. Diese Sorge teilen sie mit den Revolutionären. So sehr sich Südafrika bemühen sollte, seinen schwarzafrikanischen Mittelstand zu stärken und auszuweiten, so sehr wird die sowjetische Politik auf dessen Schwächung und wenn nötig und möglich gewaltsame Dezimierung erpicht sein.

Die Frage, welche politischen Konsequenzen die gegenwärtigen Reformen schliesslich haben werden, wird von manchen sowjetischen Autoren interessanterweise ganz ähnlich beurteilt, wie von rechten Oppositionsparteien innerhalb Südafrikas. So heisst es in der bereits zitierten Studie aus dem sowjetischen Afrika-Institut zuversichtlich:

«Der rassistische Staat und die ihn unterstützenden Monopole streben danach, die gesellschaftliche Entwicklung in ein neokolonialistisches Fahrwasser zu lenken, das die Aufrechterhaltung der politischen und wirtschaftlichen Herrschaft der weissen Minderheit erlaubt. Die notgedrungene Abkehr von der orthodoxen Apartheid zerrüttet jedoch die Grundlagen des rassistischen Regimes, erweitert die objektiven Voraussetzungen für eine Demokratisierung der südafrikanischen Gesellschaft und fördert die Stärkung der in diese Richtung wirkenden politischen Kräfte.»¹¹

Kontinentalchina

Pekings Südafrikapolitik ist durch mehr oder weniger heftige verbale Feindseligkeiten gekennzeichnet. Darin steht es dem Kreml nicht nach. Die gegen Pretoria erhobenen Vorwürfe betreffen (a) Kolonialismus und Imperialismus, wobei es diese Begriffe oft miteinander verwechselt, (b) daraus folgend Rassismus, (c) Verletzung von Menschenrechten und (d) Missachtung

der internationalen Gemeinschaft». In seinen Äusserungen zeichnet es sich meistens durch einen äusserst aggressiven und beleidigenden Ton aus, sowohl gegenüber der südafrikanischen Regierung selbst als auch gegenüber allen jenen Bevölkerungsgruppen, die sich nicht zu den von Peking geforderten Gewalttätigkeiten verstehen wollen. Bemerkungen wie die folgende sind gang und gäbe:

«Südafrika ist eine Hölle auf Erden, ... die nur durch die Vertreibung der imperialistischen Aggressionskräfte, den Umsturz der weissen Kolonialistenherrschaft und die Erlangung der nationalen Befreiung ... ausgerottet (werden kann).»¹²

Als Sanktionen der Gesellschaft «gerechtigkeitsliebender Staaten» zur Bestrafung südafrikanischer Widerständigkeit empfiehlt es nicht nur diplomatische und wirtschaftliche Zwangsmassnahmen, sondern auch die «entschiedene Unterstützung der gerechten Kämpfe der Völker des südlichen Afrika, einschliesslich des bewaffneten Kampfes.»¹³

Die dieser Politik zugrunde liegende ideologische Doktrin beruht auf folgenden Gedanken:

Peking als erbitterter Gegner jedes von ihm irgendwo in der Welt entdeckten Imperialismus betimmt, welche Völker sich in ihren Menschenrechten verletzt zu fühlen haben und daher mit rotchinesischer Propagandahilfe rechnen können. Als Gegenleistung haben sie gemeinsam mit ihm diesen Imperialismus zu bekämpfen und stellvertretend für es jene Kriege zu führen, zu denen es selbst ausserstande ist, mögen damit auch grosse Leiden verbunden sein, denn der Endsieg ist nahe. Völker und Volksgruppen, die dieser Aufforderung nicht entsprechen wollen, obwohl sie sich nach Ansicht Pekings unterjocht zu fühlen haben, werden als Unvolk abgestempelt und wie die angefeindete Regierung kurzerhand zur «Clique» erklärt.

Da das allgemeine Gewaltverbot der UNO-Satzung für Bürgerkriege nicht gilt, scheint diese Theorie den geeigneten Ansatz für die rotchinesische Kriegspolitik zu bieten. So sehr Aufstände im eigenen Herrschaftsbereich als Verbrechen bekämpft werden, so einfach können mit ihrer Hilfe in fremden Machtbereichen Bürgerkriege geschürt werden.¹⁴

Verständlich wird diese Argumentation nicht ohne Analyse des rotchinesischen Volksbegriffs. Dieser wird von Peking grundsätzlich mit dem Nationsbegriff gleichgesetzt,¹⁵ was zur Folge hat, dass es für die Schwierigkeiten des Aufeinandertreffens mehrerer grundverschiedener Volkskulturen, wie

dies in Südafrika und Südwestafrika der Fall ist, kein Verständnis aufzubringen vermag. Da es in jedem Staat nur eine Nation geben kann, gibt es demnach ideologisch auch nur ein Volk. Dieses teilt entweder alle Freuden und Leiden mit seiner Zentralregierung oder aber wird von dieser unterdrückt. Es kann ihr daher nur bedingungslose Unterstützung oder ebenso bedingungslose Feindschaft entgegenbringen. Die Entscheidung darüber, welches von mehreren Völkern oder Volksgruppen eines Staates die Nation repräsentiert, muss sich keineswegs nach irgendwelchen objektiven Kriterien richten, wie beispielsweise überwiegende Einwohnerzahl oder erste Besiedelung, sondern kann völlig willkürlich fallen. Alle anderen Völker werden, wenn sie sich unterordnen, als nichtexistent oder aber, wenn sie ihre eigenen Interessen durchzusetzen versuchen, als zu bekämpfende Cliques behandelt.

Im Falle des südlichen Afrika unterscheidet Peking dementsprechend sogar die betreffenden Territorien Namibia und Azania als Heimat des jeweiligen «Volkes» von Südwestafrika und Südafrika als Aktionsgebiete der «Cliques». Es zeigt grosses Mitgefühl für das «Volk Namibias» und das «Volk Azanias» und fordert gleichzeitig strenge Sanktionen gegen die «Cliques Südwestafrikas» und «Südafrikas», gerade so, wie wenn die Bevölkerung dieser beiden Länder für die Dauer der Sanktionen nach Namibia und Azania auswandern könnte. Ein einziges Mal anerkannte Peking vorübergehend offiziell die Existenz eines «südafrikanischen Volkes», als nämlich englischsprachige Studenten südafrikanischer Universitäten demonstrierten und gegen die Politik ihrer Regierung protestierten. Nachdem sie aufgefordert hatten zu demonstrieren, hörten sie auch wieder auf, Volk zu sein.¹⁶

Gegenüber Südafrikas Beschwerden über schwarzafrikanischen Terrorismus und seine Unterstützung durch die «Fronststaaten» weiss Peking Argumente ins Treffen zu führen, die einer Wiederbelebung der gerechten Krieglern des Mittelalters gleichkommen, obschon es sie leicht abändert. Gewalttätigkeiten «unterdrückter Völker» sind, unabhängig davon, welcher Art sie sind und wen sie als Opfer auserküren, immer gerecht, wenn sie der Bekämpfung und Schwächung der unterdrückenden «Clique» auf irgendeine Weise dienen. Auch die Unterstützung und Ausbildung unterdrückter Aufständischer durch Nachbarstaaten ist daher gerecht. Von Terrorismus kann diesbezüglich nie die Rede sein. Auch Peking kennt allerdings Terrorismus und verurteilt ihn, namentlich zwei Spielarten:

a) staatlicher Terrorismus machthaberlicher Cliques gegen unterdrückte Völker, wie im Falle Südafrikas und

b) Terrorakte von «Abendteufern», die «losgelöst von den Massen» irgendwelche unsinnigen Taten begehen, wie Flugzeugentführungen.

Die inhaltlichen Aussagen Pekings zur südafrikanischen Innenpolitik und zur Lage in Südafrika und Südwestafrika erweisen sich weitgehend als unqualifiziert. Sie sind offensichtlich dadurch bedingt, dass die politischen Verhältnisse in Südafrika den Kontinentalchinesen nur vom Hörensagen bekannt sind. Wie seine Stellungnahmen zur Bevölkerungspolitik der südafrikanischen Regierung zeigen, sind sie ihm nicht nur weitgehend unbekannt, sondern gleichgültig. Es will verurteilen, nicht verstehen, und dafür genügen ihm Clichévorstellungen. In seiner Südafrika-Politik ist Peking daher ganz und bewusst von der Haltung der Organisation für Afrikanische Einheit abhängig. Da es die Organisation der Vereinten Nationen nicht als Friedenswahrungsorganisation, sondern als Kampfbund zur Erlangung eines utopischen Friedens nach Besiegen allen Imperialismus und Kolonialismus betrachtet, sieht es in den schwarzafrikanischen Staaten vor allem eine Kampfgemeinschaft Gleichgesinnter, zu denen es zu stehen hat, auch wenn es mit ihrer Politik nicht immer übereinstimmt.

Der de-facto-Ausschluss Südafrikas aus dem UNO-Kampfbund erscheint ihm deshalb als ebenso gerechtfertigt, zumal es das im Westen gerne zitierte Universalitätsprinzip für die Weltorganisation unter den gegenwärtigen weltpolitischen Bedingungen keineswegs für die UNO verwirklicht sehen will. Es ist nur zu verständlich, dass man «Feindstaaten» nicht in eine Allianz aufnimmt. Vor allem die von Pretoria vermeintlich vertretene europäische Ideologie vermag Pekings Abneigung gegen Südafrika immer wieder aufs neue herauszufordern. Südafrika erscheint ihm als anachronistischer Rest einer früheren europäischen Selbstachtung und oft auch Überheblichkeit, vor deren gänzlicher Beseitigung die Errichtung des Weltfriedens in seinen Augen nicht möglich ist.

Bedenken über die politische Zweckmäßigkeit seiner Haltung tauchten ihm erstmals auf, als die Sowjetunion grosse politische Gewinne aus dem Abzug der Portugiesen aus Angola und Mozambique schlug, Peking selbst aber mangels ausreichender Machtmittel tatenlos zusehen musste, wie Moskau sogar seinen Einfluss bei den «Freiheitskämpfen» in Mozambique verdrängte, als das gemeinsame

Kampfziel erst einmal erreicht war. Seine eigene ideologische Theorie von dem einen Volk schlug ebenso gegen es zurück wie seine öffentliche Aufforderung zur bewaffneten Unterstützung des «gerechten Befreiungskampfes» der Aufständischen, als eben just die Moskau-hörige MPLA als Volk Angolas auftrat und der Kreml deren «Befreiungskampf» eifrig unterstützte. Wie hilflos Peking in der politischen Diskussion nun dastand, zeigt vor allem seine Stellungnahme zur sowjetischen Verurteilung des südafrikanischen Einmarsches in Angola. Besser hätte auch Südafrika sich nicht verteidigen können, als es die rotchinesischen Vertreter in den Vereinten Nationen taten:

«Die sowjetischen Revisionisten argumentierten, dass ihre Intervention (in Angola) dazu angetan war, die südafrikanische Invasion zu «bekämpfen» und dass kein einziger Soldat nach Angola ging, «bis die imperialistischen Südafrikaner am 23. Oktober letzten Jahres das Gebiet dieses Landes überfielen». Das ist eine grosse Lüge. Tatsache ist, dass ihre bewaffnete Intervention der südafrikanischen Invasion voranging... Es ist klar für besonnen denkende Menschen, dass die südafrikanische Intervention erst stattfand, nachdem die Sowjetunion begonnen hatte, die angolansische Befreiungsbewegung zu spalten und dort zum Bürgerkrieg aufzustacheln... Vom 25. September bis 23. Oktober vergangenen Jahres sandte Moskau fünf Schiffsladungen Waffen und über 2400 Söldner ins Land, und in der am 18. Oktober endenden Woche wurden mehr als 750 kubanische Soldaten nach Angola transportiert... Moskau kann trotz allen Ausflüchten den folgenden Fragen nicht ausweichen: Da Südafrika in das Gebiet Angolas am 23. Oktober eindrang, wen habt Ihr vorher bekämpft? Waren südafrikanische Truppen das Ziel eurer «vernichtenden Schläge» im Caxito-Gebiet und an der nördlichen Grenze Angolas? Waren es die südafrikanischen Rassistens, die ihr als «die reaktionären Kräfte in Angola» beschreibt? Sind die tausend und abertausend Menschen, die ihr mit mächtigem Gewehrfeuer umgebracht habt, Südafrikaner?... Die sowjetischen Sozialimperialisten brüllen «Opposition» gegen Südafrika, um die Aufmerksamkeit der Menschen von ihrer eigenen Aggression abzulenken und ihre expansionistischen Pläne zu verdecken... Bis zum 26. Januar hatten sich die südafrikanischen Truppen in das Grenzgebiet im südlichen Angola zurückgezogen. Wir würden die neuen Zaren gerne fragen: Zu welcher Zeit habt ihr die südafrikanischen Truppen während ihres Aufenthaltes im südlichen Angola in den zwei Monaten bis zum 27. März angegriffen?... Von einer Massendemonstration in der angolansischen Grenzstadt Calai am Tage des südafrikanischen

Rückzuges aus dieser Stadt wird berichtet. Die Demonstranten schrien zornig: «Keine russisch-kubanische Einmischung in Angola – Angola für die Angolaner»¹⁷

Und doch vermag Peking nicht über seinen eigenen Schatten zu springen, sondern tut propagandistisch alles, um die südafrikanische Verteidigungsposition gegenüber den sowjetischen Vorstössen zu schwächen. Verglichen mit den anderen Feinden Südafrikas, ist in den Sitzungen der politischen Kollegialorgane der Vereinten Nationen neuerdings lediglich eine gewisse Wortkargheit der Vertreter Pekings festzustellen, wenn sie über Südafrika sprechen. Die Lust am geforderten Untergang Südafrikas scheint ihnen etwas vergällt zu sein, seit es deutlich geworden ist, dass auch der Kreml sich darauf freut. Im Wortlaut aber sind sie so feindselig wie eh und je.

Es fällt auch auf, dass Peking zwar Südafrika heftig verurteilt, nie aber die Westmächte attackiert, während es zum ceterum censeo jeder öffentlichen Stellungnahme Moskaus gehört, dass es auch die «Komplizenschaft der imperialistischen Westmächte» blossstellt.¹⁸ Die Sprecher Kontinentalchinas befürworten allerdings in letzter Zeit auch den Verbleib der kubanischen Fremdenlegionäre Moskaus in Angola und wenden sich ausdrücklich gegen ein Junktim mit dem Abzug südafrikanischer Truppen aus Südwestafrika.¹⁹

Die Duldung der kubanischen Soldaten auf angolansischem Boden hängt zweifellos damit zusammen, dass Angolas schwarzer Nachbarstaaten auf eine Anti-UNITA-Politik eingeschwenkt haben und Peking im Grunde stets die schwarzafrikanische Politik gutheisst, um sich nicht dem Vorwurf auszusetzen, es unterstütze Südafrika. So ist vermutlich auch die Tatsache zu erklären, dass es die antisowjetische Widerstandsbewegung UNITA seit 1979 nicht mehr unterstützt. Beide Grossmächte versuchen immer wieder, einander als Verräter an der Dritten Welt blosszustellen und sind gleichzeitig sehr empfindlich gegenüber diesem Vorwurf. Infolge ihrer wechselseitigen Gegnerschaft und des besseren Propagandageschickes Moskaus geschah es im Rahmen der Vereinten Nationen bis 1975 gelegentlich, dass Peking und Pretoria gemeinsame Haltung gegen Moskaus Propagandaresolutionen einnahmen, die schwarzafrikanischen Regierungen aber mit Moskau stimmten. Erst mit dem de-facto-Ausschluss Südafrikas konnte diese Peinlichkeit vermieden werden, die der Kreml immer weidlich ausschaltete. Zweifellos liegt Kontinentalchina aber nur daran, dass wenigstens die Westmächte im

südlichen Afrika machtpolitisch präsent bleiben, wenn es schon selbst unfähig ist, den sowjetischen Griff auf diesen Kontinent abzuwehren und so das regionale Mächtegleichgewicht zu wahren.

Anmerkungen

¹ Der südafrikanische Aussenminister hat zwar in seiner Zürcher Rede vom März 1979 die Möglichkeit einer südafrikanischen Neutralitätspolitik erwähnt, für die das Bündnis mit dem Westen nicht mehr selbstverständlich sein würde, doch ist es schwer vorstellbar, dass ein Land, gegen das ein propagandistischer, politischer und wirtschaftlicher Weltkrieg geführt wird, überhaupt neutral (gegenüber wem?) sein kann.

² Siehe: Werner Pfeifenberger, «Die UNO-Politik der Volksrepublik China», Rentsch-Verlag, Zürich, 1978, pp. 74-77.

³ Atlas Economique Mondial 1986 (Les éditions SGB, Paris, 1986, pp. 36, 37, 211) beurteilt die gegenwärtige Lage in diesen beiden Ländern folgendermassen: (Angola) «Eine Nomenklatura sichert sich alle Güter, die sie wünscht, zu billigen Preisen, während die Bevölkerung ausgehungert in riesigen Elendsvierteln der Städte oder isoliert auf dem Lande lebt. Man bleibt vor der Ausbeutung des Volkes durch die herrschenden Kreise sprachlos... Angola ist das Land des Hungers, des Bürgerkrieges und das der Söldner, die auf Kosten der Zivilbevölkerung leben.» (Mozambique) «Märtyrerland, wo sich Hunger und Gewalt eingenistet haben und nur noch das Exil als heilbringend erscheint... Als sozialistisches Land im Kampf mit einer antimarxistischen Widerstandsbewegung, die jetzt den grössten Teil des Landes kontrolliert, ist Mozambique im Begriffe, allmählich zu ersticken.»

⁴ An A. Gromyko, Otv. Red., «Krizis na juge Afriki», Moskva 1984, pp 147, 148.

⁵ Klaus Lange, «Anmerkungen zur sowjetischen Politik in Schwarzafrika», in: Politische Studien, Sonderheft 2/1986, p. 191.

⁶ Wolfgang Leonhard, «Die Sowjetunion zur Jahreswende 1983/84», in: Conturen, Nr. 13A/Februar 1984, p. 49.

⁷ V. I. Lenin, «Sotschinenija», Tom 5, Gosudarstvennoe izdatelstvo polititscheskoi Literatury, Moskva 1950, p. 219.

⁸ I. V. Stalin, «Sotschinenija», Tom 5, Gosudarstvennoe izdatelstvo polititscheskoi Literatury, Moskva 1947, p. 57.

⁹ V. I. Lenin, «Sotschinenija», Tom 22, Gosudarstvennoe izdatelstvo polititscheskoi Literatury, Moskva 1948, p. 322.

¹⁰ Ju. C. Skubko, «Novue javlenija v ekonomike JUAR», Moskva 1985, p. 206.

¹¹ Ibidem, p.210.

¹² United Nations, A/C. 3/SR. 1979, 11 October 1972, p.3.

¹³ Ibidem, p.4.

¹⁴ Bezüglich der kontinentalchinesischen Haltung gegenüber Tibet und der Ansichten Pekings über die tibetischen Freiheitskämpfer siehe: Werner Pfeifenberger, «Die Vereinten Nationen - Ihre politischen Organe in Sicherheitsfragen», Pustet Verlag Salzburg, 1971, pp. 274-281 und 433-437 sowie Werner Pfeifenberger, «Die UNO-Poli-

tik der Volksrepublik China», Rentsch Verlag Zürich, 1978, pp. 24-379.

¹⁵ In der chinesischen Umgangssprache gibt es je nach Bedeutung unterschiedliche Begriffe für «Volk». Auch zwischen «Volk» im Sinne der gemeinsamen Abstammung und «Staatsvolk» (= Nation) im Sinne des staatlichen Zusammengehörigkeitswillens wird unterschieden. Nicht eine allfällige Spracharmut, sondern ideologische Wirklichkeitsfremdheit ist also für die Haltung gegenüber Südafrika verantwortlich.

¹⁶ Siehe: Werner Pfeifenberger, «Die UNO-Politik der Volksrepublik China», p. 173.

¹⁷ Peking Review, Vol 19, No. 2, January

9, 1976, p. 19 et No. 15, April 9, 1976, pp. 10,11.«

¹⁸ Kennzeichnend ist beispielsweise folgender Angriff im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen im März 1985: «Südafrika könnte nicht den Forderungen der internationalen Gemeinschaft so anmassend trotzen, wenn es nicht die unverhüllte Unterstützung einer Anzahl Westmächte genösse, die der Vereinten Staaten und bestimmter NATO-Alliierten...;» siehe: Chronique des Nations Unies, Vol XXII, Mars 1985, New York, p. 10.

¹⁹ Siehe: Chronique des Nations Unies, Volume XXII 1985, Numéro 6, New York, p. 15

Denken Sie an eine Erweiterung
oder an einen neuen

Industriebau Gewerbebau

... dann können Sie nicht früh genug mit uns sprechen, denn wir sind Spezialisten für die Planung und Realisierung von Nutzbauten und wir beherrschen

- Stufe 1 Exakte Bedürfnis-Definition
- Stufe 2 Erarbeiten eines optimalen Betriebsablaufes
- Stufe 3 Funktionelle Projektierung mit Alternativen
- Stufe 4 Schnelle und wirtschaftliche Bau-Ausführung

Bürli garantiert für: Funktion, Preis, Termin und Qualität.

Sprechen Sie mit uns

Bürli AG

Generalplanung und
Generalunternehmung
für Industrie-, Gewerbe-
und Kommunalbauten



Brandisstrasse 32
8702 Zollikon
Postfach 26, 8034 Zürich
Tel. 01-391 96 96

Bürli AG Luzern
Sempacherstrasse 32
6003 Luzern
Tel. 041-23 15 15

Gutschein
für gratis Richtpreis-
Berechnung Ihrer Bauidée



Name: _____
Strasse: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____